

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnements pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Lillienstraße Nr. 12

Insertionspreis pro dreizehnpaltene Pettizelle 30 Pfg., für Mitglieder 20 Pfg.

## Die Belastung der Arbeiterschaft durch Gewerkschafts- und Parteibeiträge.

Für jeden in der Gewerkschaftsbewegung Stehenden und mit ihrer Geschichte Vertrauten ist es nicht neu, daß in den Gewerkschaftsvereinigungen von den Mitgliedern über die „hohen Beiträge“ geklagt wurde, auch dann, wenn sie noch so gering waren und zur Verteilung der notwendigsten gewerkschaftlichen Ausgaben kaum hinreichten. Diese Erscheinung ist so alt wie die Gewerkschaften selber. Auch die alten Korporationen der Handwerker klagten oftmals über die „hohen Auflagen“. Seit jener Zeit jedoch, wo die Gewerkschaften ihre Leistungen erhöht haben, wo sie anfangen, ihren Mitgliedern höhere Leistungen zu bieten, sei es nun in den Tagen der Krankheit, der Arbeitslosigkeit, sei es auf der Reise oder bei sonstigen Anlässen, wurden solche Klagen schon seltener. Wer aber verständlich genug ist und erkennt hat, daß es für ihn gar keine bessere Sparkasse geben kann als die Gewerkschaft, indem sie die bei ihr geleisteten Einlagen ihrer Mitglieder zu einem so hohen Prozentsatz verzinst, wie keine andere Sparkasse dazu in der Lage ist, nämlich in Gestalt von verbesserten Wohn- und Arbeitsverhältnissen, der wird gewiß nicht mit einstimmen in die Klage über die Belastung der Arbeiterschaft durch hohe Beiträge.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind also im allgemeinen mit den „hohen Beiträgen“ durchaus einverstanden, seitdem sie erkannt haben, daß diese die unerläßliche Bedingung für die Leistungsfähigkeit ihrer Gewerkschaftsorganisation sind. Aber von einer ganz anderen Seite wird ihnen klar zu machen versucht, was sie selber nicht empfunden haben, nämlich, daß sie unter einer Steuerlast seufzen, wie sie selbst nicht einmal ein Millionär zu tragen habe und die Verdienste, so bald wie möglich abgeschüttelt zu werden.

Die den Arbeitern dies sagen, sind dieselben Leute und dieselben publizistischen Organe, die um die Zeit der letzten Reichstagswahl dem Bruder Arbeiter um den Bart gingen, um ihn durch seine Stimmabgabe zur Unterstützung einer Politik einzufangen, für die er heute ganz außerordentlich „hohe Beiträge“ zu bezahlen hat, und zwar in Gestalt der aus den Zöllen und indirekten Abgaben sich zusammenschleppenden Reichssteuern, die sich für die fünfköpfige deutsche Arbeiterfamilie auf etwa M. 170 pro Jahr belaufen.

Es ist nun nicht verwunderlich, wenn über das, was die Arbeiter angeht und was sie betrifft, in weiten Kreisen der bürgerlichen Welt durchaus unrichtige Anschauungen und Meinungen bestehen; sie werden ja förmlich erzeugt und genährt von denjenigen, die sich für berufliche halten, über Arbeiterverhältnisse zu schreiben, ohne durch ihre Sachkenntnis dazu berechtigt zu sein. So veröffentlicht unter der Federführung, die wir unserem heutigen Aufsatz vorangestellt haben, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einen Artikel, der inzwischen auch in andere bürgerliche Zeitungen und die gesamte Bäckerei-Zeitungs-Presse übergegangen ist. Es ist dies eine Arbeit, die, in der Form, wie sie veröffentlicht worden ist, durchaus geeignet erscheint, das Urteil Unbefangener und Unvorgeweihter ganz bedenklich zu trüben. Um so mehr, als dieser von dem offiziellen Blatte produzierte Artikel als ein Beitrag für das im Herbst erscheinende „Politische Handbuch der national liberalen Partei“ verwertet werden und nicht nur als eine in der Tagespresse hervortretende und bald wieder der Vergessenheit anheimfallende Meinungsäußerung ist, sondern als dauernder Bestand zur „Belehrung“ weiter Kreise des Bürgertums über die in Rede stehende Angelegenheit dienen soll. Diese Leistung des mehrfach genannten Blattes lautet:

Wenn die Arbeiterschaft, insbesondere die der sozialdemokratischen Partei anhängende, in Deutschland unter einer Steuerlast zu seufzen hat, die unter Umständen bis zu einer vollständigen Absorbierung der in den letzten Jahrzehnten erzielten Lohnsteigerungen geht, so ist es diejenige durch die politische Partei und durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Das Eintrittsgeld für die Gewerkschaften schwankt zwischen 50 S und M. 2, die Wochenbeiträge schwanken zwischen 10 S und 140 S, auf den Durchschnitt berechnet betragen sie M. 4, ein Beitrag, der sich in Zukunft eher noch erhöhen als vermindern dürfte. Dazu kommen Lokalzuschläge, Gau- oder Bezirkszuschläge, Kreissteuern, Delegiertensteuern, Extrasteuern, Kartellsteuern, Beiträge für das Arbeitersekretariat und dergleichen mehr. Die gesamten Abgaben der Gewerkschaftsmitglieder an ihren Verband unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Aufwandes für gesellige Veranstaltungen sind von einer Seite auf M. 2 die Woche berechnet worden, was sicher nicht zu hoch ist. Rechnen wir aber, daß die wöchentlichen Abgaben mit Einschluß von Vergütungen nur M. 1 betragen, so wäre dies schon immer eine Jahresabgabe von M. 52 und bedeutet also, wenn man das Durchschnittseinkommen des Arbeiters auf 1.000 ansetzt, eine direkte Einkommensteuer von 5,2 pZt., ein

Satz, den die Staatseinkommensteuer in Preußen bekanntlich selbst bei Millioneneinkommen überhaupt nicht kennt, da sie 4 pZt. überhaupt nicht übersteigt und vor allem die gesamten Einkommen bis M. 900, das ist das überwiegende Gros der Arbeiterbevölkerung, vollkommen steuerfrei bleiben.

Zu diesen Gewerkschaftsabgaben, denen man trotz ihrer enormen Höhe eine Art Berechtigung nicht absprechen kann, da sie ja, wenigstens im Prinzip, zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter dienen sollen, treten aber dann noch vor allem hinzu die Anforderungen, welche die sozialdemokratische Partei als politische Organisation an den schmalen Arbeiterhaushalt stellt. Hier ist die direkte Steuer in der Regel auf 25 S den Monat, also jährlich M. 3, bemessen. Indessen ist das nicht die Hauptsache. Denn die „freiwilligen Sammlungen“, die allenthalben in Fabriken, Werkstätten und bei allen Gelegenheiten ins Werk gesetzt werden, dürften im Jahre schon allein mindestens das Fünffache der direkten Parteisteuer erreichen. Dazu kommen eine große Anzahl von indirekten Steuern infolge des Zwanges, die Vergnügungen der politischen Verbände mitzumachen, die Einkäufe bei den Parteibüchtern, Zigarrenhändlern usw. vorzunehmen, so daß es sicher nur gering gerechnet ist, wenn man die Abgaben insgesamt auf monatlich M. 1,50, jährlich also M. 18 bemißt, so daß sich unter Zurechnung der Gewerkschaftssteuern eine Jahresgesamtabgabe von M. 70 ergibt. Das macht eine Gesamtbelastung der Arbeiterschaft von 7 pZt., eine Zumutung, die alles das bei weitem übersteigt, was Staat und Gesellschaft selbst von ihren reichsten Bürgern und von den höchsten Einkommen verlangen.

Wenn der den tatsächlichen Verhältnissen fremd Gegenüberstehende so etwas liest, so wird er zu der Ansicht kommen, daß die auf Grund dieser Berechnung angenommene Steuerlast tatsächlich vorhanden sei, weil sich die einzelnen Zahlen und Beitragsposten so hübsch aneinanderreihen, als gehörten sie in dieser Weise zusammen. Daß z. B. das Eintrittsgeld eine einmalige Ausgabe ist, wird in dem Elaborat gar nicht weiter beachtet. Daß derselbe arme Mensch, der seinen Beitrag an den Kassierer seiner Gewerkschaft bezahlt hat, nun auch noch gehalten ist, zu den Lokalzuschlägen, Gau- und Bezirkszuschlägen, Kreissteuern und Delegiertensteuern, Extrasteuern, Kartellsteuern usw. zu blechen, das kann man nach dem Wortlaut des Artikels sehr wohl annehmen. Diese Annahme beruht aber auf einem Irrtum. Verschiedene dieser Steuerarten sind in vielen Gewerkschaften gar nicht üblich, und wo sie überhaupt noch vorkommen, da werden sie auch nicht regelmäßig, d. h. laufend, erhoben, sondern sie sind örtlich und zeitlich begrenzt. Daß die gesamten Ausgaben der Gewerkschaftsmitglieder an ihren Verband unter gleichzeitiger Berücksichtigung für gesellige Veranstaltungen von „einer Seite“ auf M. 2 pro Woche berechnet worden seien, ist eine Behauptung, die, wenn sie glaubhaft erscheinen soll, doch erst einmal unter Beweis gestellt werden müßte, wenn es bei der Natur der ganzen Beitragsverhältnisse der Gewerkschaften so leicht wäre, hierfür einen Maßstab der Berechnung zu finden. Auch wenn es richtig wäre, daß die wöchentlichen Ausgaben mit Einschluß der Vergütungen nur M. 1 betragen, was will das bei der Durchschnittsberechnung sagen. Für die Mitglieder derjenigen Gewerkschaften, die sich besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erfreuen haben, kommt der größere Teil des Beitrages für die rein gewerkschaftlichen Zwecke in Betracht, und diese Arbeiter mögen vielleicht für Geselligkeitszwecke etwas mehr ausgeben. Die Mitglieder derjenigen Organisationen, von denen man das nicht sagen kann, müssen sich ohnehin in ihren Ausgaben für Vergnügungen beschränken.

Allerdings gibt es einige (eine oder zwei) Gewerkschaftsorganisationen, die hinsichtlich der wöchentlichen Beitragsleistungen ihrer Mitglieder über den in dem Artikel genannten höchsten Satz von M. 1,40 hinausgehen. Dazu zählt z. B. der Verband der deutschen Buchdrucker. Der Beitrag zur Verbandskasse beträgt zur Zeit M. 1,10, dazu kommen dann noch die verschiedenen Ortsklassen, so daß dadurch der Satz von M. 1,40 tatsächlich überschritten wird. Dafür wirkt dieser Verband aber auch im Interesse seiner Mitglieder in einer Weise, daß ihm „eine gewisse Berechtigung nicht abzuspochen ist“. Nach seinem vor kurzem veröffentlichten „Rechenschaftsbericht für das Jahr 1906“ hat er an Unterstützungen in seinem großen Gebiete in diesem Rechnungsjahre ausgegeben: Krankenunterstützung M. 143.443,45, Arbeitslosenunterstützung M. 443.372,50, Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige (Kranke) M. 759.568,60, Unterstützung an dauernd Arbeitsunfähige (Invaliden) M. 227.158,25, Begräbnisgeld M. 55.508,25 usw.; ungerechnet das, was für die gleichen humanitären Zwecke aus den Ortsklassen als Zuschuß zur Verbandsunterstützung in einem Jahre geleistet worden ist. Wenn man aber die „hohen Beiträge“ der etwa 48.000 Mitglieder dieses Verbandes auf das Ganze berechnet, so muß das natürlich von Einfluß auf die Beitragshöhe der Gewerkschaften im allgemeinen sein. Auch andere Gewerkschaften leisten mehr oder weniger Erhebliches an solchen Unterstützungen. Wie

erfreulich wäre es, wenn nach solchen und ähnlichen Resultaten der Artikelschreiber der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bei einer später erscheinenden und zu revidierenden neuen Auflage des Handbuchs über eine noch weit größere „Belastung“ der Arbeiterschaft durch Gewerkschafts- und Parteibeiträge berichten könnte und somit die Erfolge einer praktischen gewerkschaftlichen Sozialpolitik konstatieren müßte. Wenn die deutschen Gewerkschaften allgemein heute noch nicht in der Lage sind, ihren Angehörigen ähnlich große Zuwendungen aller Art zu gewähren, so ist das eben ein Beweis, daß die „Belastung“ der Arbeiterschaft durch Gewerkschaftsbeiträge noch nicht groß genug ist.

Die Absicht des Artikelschreibers in dem obigen Blatte geht fraglos dahin, die Arbeiter, soweit sie sich noch nicht den Gewerkschaftsorganisationen angeschlossen haben, von diesem Schritte zurückzuhalten, indem man ihnen „vorrchnet“, daß es sich für sie nicht lohne, den Berufsorganisationen beizutreten, da sie alsdann doch nur unter der Steuerlast der hohen Beiträge seufzen. Es fehlt nur noch die von den Gegnern der Arbeiterschaft so oft behauptete Absurdität: Die Führer der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen müßten sich von den Großen, die die misera contribuens plebs, das arme steuerzahlende Volk, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufbringen müßten. Diese Behauptung ist nun allerdings insofern nicht mehr recht zeitgemäß, als es heutzutage von einzelnen Unternehmerrgruppen und politischen Parteien nach dem Grundsatz: „Teile und herrsche!“ gegründete und protegierte „Arbeiterorganisationen“ gibt, deren Führer auch nicht von Luft und Gieß, sondern von schmuckem Metalle sind. Auch die Führer der Arbeitgeberverbände und auch die der politischen Parteien stellen ihre Bemühungen gewiß nicht unentgeltlich in den Dienst ihrer Sache, sondern sie wollen leben und dazu bedürfen sie der „hohen Beiträge“.

Was das offiziöse Papier über die finanzielle Belastung der Arbeiter durch die Abgaben aller Art an die Partei zu berichten weiß und was nach ihm das Fünffache des direkten Parteibeitrages betragen soll, ist mindestens stark übertrieben. Es gibt viele Arbeiter, die andere als die direkten Beiträge an die Parteileitung überhaupt nicht bezahlen. Ebenso verhält es sich mit den Einkäufen bei Parteibüchtern und dem Zwang zur Teilnahme an den geselligen Veranstaltungen durch die Parteivereine usw.

Wenn der Artikler sagt, was ja auch ohnehin bekannt ist, daß der preussische Staat von den Leuten mit Millioneneinkünften „niedrige Beiträge“ erhebe, daß nicht einmal der Satz von 5,2 pZt. erreicht wird, so ist das schlimm genug und ein Zustand, der durch eine gerechte „Beitragsregulierung“ nach dem System der progressiven Einkommensteuer sobald wie möglich auch im Reich beseitigt werden sollte. Solange das aber nicht der Fall ist und unter dem System der indirekten Steuern die arbeitenden Klassen am meisten zu leiden haben und dazu noch eine Zoll- und Handelspolitik des Reiches besteht, die den Arbeitern den Lebensunterhalt wesentlich verteuert, so müssen die Arbeiter die schlimmen Folgen dieses Zustandes nach Möglichkeit durch Erhöhung der Löhne auszugleichen suchen. Darum sollen sie nicht — wie ihre Gegner es wollen — in den Ruf einstimmen: Weg mit den „hohen Gewerkschaftsbeiträgen“, sondern: „Her mit den hohen Gewerkschaftsbeiträgen!“

## Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1906.

Die im Jahre 1906 erteilten Auskünfte betrafen Arbeiterversicherung in 114.920 Fällen, Arbeits- und Dienstvertrag in 60.497 Fällen, Bürgerliches Recht in 112.426 Fällen, Strafrecht in 30.067 Fällen, Arbeiterbewegung in 10.064 Fällen, Gemeinde- und Staatsbürgerrecht in 42.234 Fällen, Gewerbewesen und Privatversicherung in 5511 Fällen, Sonstiges in 6542 Fällen. Prozentual verteilen sich die Fälle der Aufzählung folgendermaßen: Arbeiterversicherung 30,1 pZt., Bürgerliches Recht 29,4 pZt., Arbeits- und Dienstvertrag 15,5 pZt., Gemeinde- und Staatsbürgerrecht 11,0 pZt., Strafrecht 7,9 pZt., Arbeiterbewegung 2,6 pZt., Gewerbewesen und Privatversicherung 1,4 pZt. und Sonstiges 1,5 pZt. Das Gebiet der Arbeiterversicherung nebst also wieder prozentual an erster Stelle, ihm folgt erst an zweiter Stelle das umfangreiche Gebiet des Bürgerlichen Rechts. Von dem gesamten Gebiet der Arbeiterversicherung ist es wiederum die Unfallversicherung, die die Arbeitersekretariate am meisten beschäftigt. Von den 114.920 Auskünften in bezug auf Arbeiterversicherung kommen auf die Unfallversicherung 70.153, Krankenversicherung 20.361, Knappschaftsweisen 3470, Invalidenversicherung 90.906. Auf die Unfallversicherung entfallen also

61,1 pSt. der Auskünfte in bezug auf Arbeiterversicherung. Von den während der Jahre 1901 bis 1906 in bezug auf Arbeiterversicherung erteilten 440 003 Auskünften kommen auf Unfallversicherung 260 025 = 59,1 pSt., Invalidenversicherung 83 419 = 19,0 pSt., Krankenversicherung 52 567 = 11,9 pSt. und Knappschaftswesen 11 724 =

2,7 pSt. Aus der folgenden Tabelle ist ersichtlich, daß sich das Verhältnis immer mehr zu Ungunsten der Unfallversicherung verschiebt. Während der Prozentfuß in der Gruppe Unfallversicherung sich in aufsteigender Linie bewegt, sehen wir bei Krankenversicherung und Invalidenversicherung den Prozentfuß geringer werden.

Table with columns: Jahr, Erteilte Auskünfte in bezug auf Arbeiterversicherung, Unfallversicherung (Anzahl, pSt.), Krankenversicherung (Anzahl, pSt.), Knappschaftswesen (Anzahl, pSt.), Invalidenversicherung (Anzahl, pSt.).

Summa ... 440003 ... 260025 ... 59,1 ... 83567 ... 19,0 ... 11724 ... 2,7 ... 89419 ... 19,0

Deutlicher noch als in vorstehender Tabelle ist die zunehmende Belastung der Arbeitersekretariate mit Unfallfällen und die verminderte Belastung mit Krankheitsfällen in der folgenden Tabelle zu erkennen.

Das Resultat der von den Sekretariaten vertretenen oder bearbeiteten Klagen wurde denselben in 8871 Fällen bekannt, von denen 4331 erfolgreich, 1203 teilweise erfolgreich und 3337 erfolglos waren.

Table with columns: Jahr, Gesamtzahl der erteilten Auskünfte, Unfallversicherung (Anzahl, pSt.), Krankenversicherung (Anzahl, pSt.).

Ueber die Stufenverhältnisse der Arbeitersekretariate im Jahre 1906 liegen Angaben von 68 Sekretariaten vor.

Aus laufenden Beiträgen der Gewerkschaften betragen die Einnahmen A 248 519, Zuschüsse der Gewerkschaften oder der Kartelle wurden im Verlage von A 56 950 geleistet. Aus der Kasse der Generalkommission kamen A 13 132, aus Parteiorganisationen, Redaktionen und Genossenschaften insgesamt A 10 059.

Ueber die von den Gewerkschaftsstellen unterhaltenen Anstalten liegen für das Jahr 1906 aus 111 Orten Angaben vor. Von 91 dieser Anstalten wurden insgesamt 20 512 Auskünfte erteilt.

Im Jahre 1906 wurden Auskünfte erteilt:

Table with columns: Ort, Gesamtzahl, davon in bezug auf: Arbeiterversicherung, Unfallversicherung, Krankenversicherung, Invalidenversicherung, Knappschaftswesen, Sonstige.

\* für 2709 fehlen Spezialangaben.

Für das Jahr 1906 konnten wir über 178 Orte mit von Arbeitern errichteten Instituten berichten, in denen insgesamt 315 946 Auskünfte erteilt wurden.

Es erübrigt sich vollkommen, noch besondere Betrachtungen über den Wert der Arbeitersekretariate anzustellen. Diese haben ihre Unentbehrlichkeit längst selbst nachgewiesen.

Die Frage eines mehr einheitlichen systematischen Vorgehens auf diesem Gebiete erscheint uns aber auch einmal einer Erörterung wert. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß im Laufe der letzten Jahre die Gewerkschaftsstellen verschiedener Orte in der Hoffnung, die Gewerkschaftsbewegung am Orte mit Hilfe eines Arbeitersekretariats auf ein höheres Niveau zu bringen, solche Institute errichteten,

Auf Staatshilfe brauchen wir bei der Errichtung von Arbeitersekretariaten nicht zu rechnen, denn wir gründen Arbeitersekretariate nicht um ihrer selbst willen, sondern im Interesse der Arbeiterbewegung.

Deutschland das streikärmste Land.

Wenn man dem heuchlerischen Gejammer und dem jählingenden Ruf nach der Polizei, Staatsanwalt und Justizhausgeheizen, wie es in jeder Nummer der „Arbeitgeber-Zeitung“ ertönt, Glauben beimessen könnte, dann sieht

Unterhaltungslektüre.

Nicht mit Unrecht hat man das gegenwärtige Zeitalter ein „romantisches“ genannt. Tag für Tag erregt sich breite Begeisterung um Sand, und die Zeit der jährlich auf den Markt gekommenen Bücher geht in die Jahre hinaus.

Zwei, die köstliche Unterhaltungslektüre, die Schundromane aus dem Arbeitermilieu zu verdrängen. Um so länger ist das, als diese Erzeugnisse zuweilen nicht bloß nur sind, sondern sogar eine direkt arbeiterfeindliche Tendenz verfolgen.

Wenn zwei ins Auge fallend greift diese Zeitschrift nicht zu dem oft schwerverständlichen in der Literatur, vielmehr sucht sie durch die Auswahl möglichst einfacher, verständlicher, handlungsreicher Romane sich dem Verständnis auch des Arbeitermilieus zu nähern.

Diese Liste enthält noch nicht die Hälfte der mehr als 40 Romane und Novellen, die während des zehnjährigen Reichens von „In freien Stunden“ geboten wurden! Der am 1. Juli begonnene Halbjahresband bringt als Hauptroman: „Die Pilger der Wildnis“ von Johannes Scherr.

Deutschland schon seit fünf Jahren am Rande des wirtschaftlichen und politischen Abgrundes — lediglich infolge der staatsgefährlichen Streiklust der deutschen organisierten Arbeiter.

Da muß den Scharfmachern aller Schattierungen das böse Pech passieren, daß lust in diesem Augenblicke ein Buch eines Herrn Dr. Meyer aus dem deutschen Büchermarkt erscheint, das diesen Scharfmacherschwindel grausam und bis auf den letzten Stumpf zerstört.

Auf Grund seiner Zählungen kommt Dr. Meyer zu dem Ergebnis, daß Deutschland das streikärmste Land ist. Der Verfasser gruppiert die Zahlen der Streikteilnehmer und berechnet sie auf pro Tausend Erwerbstätige des betreffenden Landes nach der jeweils letzten Zählung.

Table with 3 columns: Country, Year, and Average number of strikers per 1000 workers. Includes data for Germany, Austria, France, Belgium, Italy, England, and North America.

Die stärkere Beteiligung der englischen erwerbstätigen Bevölkerung an Streiks gegenüber der deutschen ist das sozialpolitisch interessanteste Merkmal der Statistik.

Hervorgehoben zu werden verdient auch in England stagniert die Mitgliederzahl der Trade Unions seit 1900. Dagegen hob sich die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Deutschland 1900 bis 1904 von 880 427 auf 1 052 108.

Auch hinsichtlich des Umfangs der einzelnen Streiks stellt sich nach der Meyer'schen Zählung eine geringere Streikbeteiligung in Deutschland heraus.

Table with 7 columns: Country, 1900, 1901, 1902, 1903, 1904, 1905. Shows the number of strikers per 1000 workers for various countries over time.

Die ausnahmsweise hohe Zahl in Deutschland für 1905 resultiert lediglich aus dem großen Ruhrbergmannsstreik mit 231 453 Beteiligten. Im übrigen bleibt Deutschland bezüglich der Zahl der Streikteilnehmer weit hinter den anderen Ländern zurück.

Das geht hervor aus einer von Meyer mitgeteilten, auf Veranlassung des „Deutschen Handelstages“ veranfaßten Streikzählung für die Periode 1864 bis Mai 1873.

Ganz anders sieht es mit den Aussperrungen aus! Dieses von den Generalsekretären der Unternehmerverbände besonders lebhaft propagierte Kampfmittel hat in Deutschland eine gewaltige Ausdehnung erfahren.

Table with 3 columns: Year, Aussperrungen, Zahl der Aussperrten. Shows data for 1899, 1903, and 1905.

Wenn eine Gefahr für das Wirtschaftsleben Deutschlands besteht, so droht sie nicht von den Arbeiterorganisationen, sondern von den Unternehmerverbänden. Die gewerkschaftsführender drängen immerfort auf Verhandlungen mit den Unternehmern.

Nun werden die bezahlten Scharfmacher der „Arbeiter-Zeitung“ e tutti quanti ihre armen Köpfe anstrengen müssen, um einen neuen Schwindel zu erfinden.

Bemerkenswert ist, daß der Verfasser des angeführten Buches durchaus kein Freund der Gewerkschaften ist.

Eine gelbe Sonntagsruhe.

Die Hartmannschen Truppen haben etwas Großes unternommen! Sie wollen nämlich die Frage des wöchentlichen Ruhetages, der nach ihrer Ansicht so, wie ihn die „sozialdemokratischen“ Gesellen wollen, nicht durchführbar ist, gemeinsam mit ihren Gönnern, den Bäckermeistern, regeln.

Die schlauen Bäckermeister haben längst eingesehen, daß sie über kurz oder lang der Gesellen einen wöchentlichen Ruhetag gewähren müssen. Wenn sie nun nach dem Vorschlag der Gelben greifen werden, wie der Estrinckende nach einem Strohhalm, so kann es ihnen schließlich keiner verdenken.

Mit welchem Eifer mag der Bäckermeister Gaede in der betreffenden Versammlung, wo dieses gelbe Ei ausgebrütet wurde, erklärt haben: „Die größte Mehrzahl der Bäckermeister sympathisiert mit der Sonntagsruhe im Gewerbe“.

Aus der Konditorerei, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Unstimmigkeiten im Verbands der selbständigen deutschen Konditoren. Sowohl innerhalb des Verbandes der selbständigen deutschen Konditoren, als auch zwischen ihm und den süddeutschen Meisterverbänden sind schon seit geraumer Zeit Differenzen schwerwiegender Art zum Austrag gekommen.

die gebulbete Nebenregierung des Nebakteurs und Druckers des Organs „Die Konditorerei“. Es war also sehr zu verstehen, daß man schon längst eine feste und bestimmte Zeitung herbeisehnte, die die Flügel nicht gar zu sehr am Boden schleifen ließ.

Unsere Mitglieder haben also allen Grund, diese Vorgänge fortgesetzt genau zu verfolgen. Denn daß nach diesem Stand der Dinge in absehbarer Zeit eine größere Einheit mit Süddeutschland und den anderen ebenfalls bestehenden Meisterorganisationen eintreten wird, ist in höchstem Maße wahrscheinlich.

Zur Agitation unter den Konditoren. Wir brachten in Nr. 12 der „Diene“ einen Auszug über den Stand des D.-D. Gewerkschafts und sehen zu unserem allergrößten Bedauern, daß das Bemühen, auch unserer gründliche Aufklärung über den Gewerkschaft zu verbreiten, bei diesem noch immer keine Anerkennung gefunden hat.

Und so wollen wir heute einmal der „neuen Richtung“ speziell innerhalb unserer Backgehülfenfreie, dem „Allgemeinen Deutschen Konditorverband“, mit der Lampe ins Gesicht leuchten, damit auch weitere Kreise den Stand der Dinge bei diesem Verbands sehen können.

Table with 2 columns: Item and Amount. Lists financial details like 'An Rassenbestand am 1. April', 'Mittgliederbeiträge', 'Abonnentengelder', etc.



Der Zahlungsbefehl lautete:

Auf Antrag des Bäckermeisters A. N. hier, D.-Straße, wird dem Vollzogen K. S. L. Strafe, aufgegeben, dem ersten wegen des Anspruchs auf Zahlung von M. 58 — dreifund-...

Königliches Amtsgericht, Berlin Mitte.

Als aus dem 1. Oktober 1906, an welchem Termin das Darlehn von M. 40 nebst den M. 6 Zinsen zurückgezahlt werden sollte, wird der 1. April 1906 gemacht.

Als den M. 40 Darlehn aber werden nun sofort M. 53 fabriziert, so daß jetzt unser Kollege, der M. 40 bar erhalten hat, bereits M. 65 zu bezahlen hat.

Der Vorstand unserer Berliner Mitgliedschaft hat selbstverständlich dem Kollegen geraten, gegen diesen Zahlungsbefehl sofort Widerspruch zu erheben und gegen den „hülfsreichen“ Bäckermeister Strafantrag wegen wucherischer Erpressung zu stellen.

Eine Einkaufsgenossenschaft der Bäckermeister Hamburg. In dem letzten Jahresbericht der Hamburger Bäckerinnung wurde, wie wir damals mitteilten, rückhaltlos die außerordentliche Leistungsfähigkeit der beiden Hamburger Genossenschaftsbäckereien, des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ und der Produktivgenossenschaft „Vorwärts“, anerkannt.

Die Warburger Bäckermeister rühmen sich ihrer geduldben gelben Schächeln und zeigen eine große Schwabenfreude, daß ihre Kollegen in Wehlar mit „roten“ Verbandsgeweißen beglückt sind.

Moderne Unbesenker. Die ober-schlesischen Bäckermeister scheinen sich zur Blüthe gemacht zu haben, die grenzenlose Ausbeutung nach einem ganz neuen Modus betreiben zu wollen.

So werden die ober-schlesischen Bäckermeister im allgemeinen von der Unternehmerrinne behandelt. Kollegen! Laßt Euch nicht mehr gefallen, sondern werdet Mitglieder des Deutschen Bäcker- und Konditorenverbandes.

Berichte aus den Mitgliedschaften.

Dresden. Eine am 17. August von circa 600 Personen besuchte Versammlung der bei der Firma Hartwig & Vogel beschäftigten Verbandsangehörigen befaßte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Arbeiterinteressen und Kapitalismus; 2. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Hartwig & Vogel.

Freiburg i. Br. Öffentliche Versammlung am 15. August. Kollege Laues referierte über: „Arbeitszeit und Verdienst der Bäckergehülfen.“

Hamburg. Mitgliederversammlung am 18. August. Lehmann gibt den Geschäftsbericht für zwei Quartale. Die Arbeiten des Vorstandes waren sehr umfangreich, wurden auch im ersten Quartal durch die vielen Wahlen sehr gehindert.

Die Unternehmung der Firma Hartwig & Vogel hat sich in der letzten Zeit sehr verbessert, die Arbeiter sind in der Lage, ihre Personalvoll zu beschäftigen. Die Schifanierungen einzelner Abteilungsleiter, Discretiken und sonstiger Beamten, die jetzt ganz besonders an der Tagesordnung sind, wurden einer eingehenden Kritik unterzogen.



werden Dir, lieber Hartmann, wenig Freude machen. Wir wünschen nur, daß ein ausführlicher Gerichtsbericht auch im "Bäcker- und Konditor-Schiffen" erscheint, damit die Gelben und die Dir Dein Blättchen bezahlten Meisterlein einmal sehen, welche "erfahrene" Genies sich unter den gelben Häuptlingen befinden!

Öffentlich bekommt Ihr die Klage nicht schnell über!

Ausland.

Erster internationaler Kongress der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen.

Zum ersten Male trat das internationale Proletariat im Bäcker- und Konditorgewerbe zusammen, um darüber zu beraten, wie es möglich ist, dem reaktionären Unternehmertum entgegenzutreten zu können. Freudig wurde dem Rufe, der von dem "Deutschen Bäcker- und Konditorenverbande an die ausländischen Bruderorganisationen erging, Folge geleistet. Es waren vertreten:

Verband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen Deutschlands (19000 Mitglieder) durch Allmann-Hamburg, Gassner-München, Lankes-Frankfurt a.M.; Fachverein der Bäckerarbeiter Böhmens (1800 Mitglieder) durch Jirasek Ferdinand-Prag; International Union of operative Bakers & Confectioners of Great Britain and Ireland (200 Mitglieder) durch L. Tösch-London; Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz (500 Mitglieder) durch Jac. Stickel-Bern; Confederazione Italiana fra lavoratori dell'Arte Bianca (10000 Mitglieder) durch Pietro Premoli-Milano; Verband der Bäckerarbeiter Oesterreichs (6400 Mitglieder) durch Frz. Silberer-Wien; Svenske Bageri-och Konditoriarbetareförbundet (3150 Mitglieder) durch Anders Sjöstedt-Stockholm. Insgesamt beteiligten sich an dem Kongress sieben Nationen mit 41100 Mitgliedern.

Am Sonnabend, den 24. August, Nachmittags 3 Uhr, traten die Delegierten zur Beratung zusammen. Kollege Allmann-Hamburg hiess die Anwesenden, insbesondere die Delegierten der ausländischen Bruderorganisationen, herzlich willkommen. Er gibt seiner Freude Ausdruck, dass der von Deutschland ergangenen Einladung eine ganze Anzahl Bruderorganisationen gefolgt sind. Die Bäcker- und Konditorengehülfen fühlen immer mehr, dass sie den Bruderbund über die Grenzpfähle hinweg schliessen müssen, wenn der Ausbeutung in allen Ländern Schranken gesetzt werden sollen. Keine nationalen Gegensätze können uns in unserem Vorwärtsmarsch zur Befreiung aller Berufsangehörigen aus den Fesseln der Ausbeutung hindern. Ausser den Anwesenden erklären sich die Bruderorganisationen in Holland, Belgien, Ungarn, Warschau und Petersburg mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden. Nordamerika und Dänemark werden noch dazu Stellung nehmen, während von Frankreich keine Antwort zu erhalten war.

Zur Leitung der Verhandlungen wurde Allmann-Hamburg als Vorsitzender und Lankes-Frankfurt a.M. als Schriftführer bestimmt.

Von Schweden wird beantragt, die Unfallversicherung mit auf die Tagesordnung zu setzen. Allmann erklärt, dass dieser Punkt mit behandelt wird. Damit ist der Vertreter Schwedens einverstanden. Die Tagesordnung lautet:

1. Die Bäckerschutzgesetze, bezw.
  - a) Einrichtung und Betrieb der Bäckereien,
  - b) Dauer der täglichen Arbeitszeit,
  - c) ein wöchentlicher Ruhetag,
  - d) Verbot der Nacharbeit.
2. Der Kampf gegen die Nacharbeit.
3. Die Gegenseitigkeitsverträge der Verbände betreffs Uebertritts der Mitglieder und Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung.
4. Gegenseitige Unterstützung bei Streiks in Fernhaltung des Zuzuges und in finanzieller Beziehung.
5. Ist es zweckmässig und notwendig, ein internationales Sekretariat zu errichten?

Von der deutschen Delegation liegt zu Punkt 1 und 2 eine Resolution vor, die des eingehenden von Allmann begründet wurde. Ein genauer Bericht über die Arbeiterschutzgesetze im Berufe und der einzelnen Länder kann nicht gegeben werden, jedoch steht fest, dass sämtliche Regierungen auf diesen Gebieten zu wenig getan haben und wir uns mit den in manchen Staaten äusserst oberflächlichen Bestimmungen niemals zufrieden geben können. Die Meinungen bezüglich Beseitigung der Nacharbeit gehen auseinander. Während in den romanischen Ländern, besonders aber in Italien, ausschliesslich der Kampf auf diesen Punkt konzentriert wird, sehen wir in den übrigen Ländern, dass diese Forderung nicht als die zunächst erreichbarste betrachtet wird, sondern von den Organisationen die wirtschaftliche Besserstellung aller Arbeiter und Arbeiterinnen wie Beseitigung des Kost- und Logiswesens und der siebentägigen Arbeitswoche sowie Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund gestellt werden.

Premoli-Mailand verteidigt die Taktik der italienischen Kollegen wegen Beseitigung der Nacharbeit. Dieser Frage bringen die Italiener das grösste Interesse entgegen. Es sei auch möglich gewesen, den Generalstreik als Protest gegen die Verschlechterungsversuche des Ministeriums in die Wege zu leiten. Erreicht wurde dadurch, dass ein Gesetzentwurf von der Regierung ausgearbeitet wurde. Dem wöchentlichen Ruhetag, sowie der Abschaffung des Kost- und Logiswesens setzt das Unternehmertum den grössten Widerstand entgegen. Auch zeige sich für letztere Frage wenig Interesse bei den Kollegen. Gegen die vorliegende Resolution müsse er sich deshalb wenden, weil die Beseitigung der Nacharbeit an letzter Stelle gefordert wird; damit können sich die Italiener nicht

einverstanden erklären. Redner gibt nun einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung und Erfolge der Organisation. In den Städten Mailand, Pavia, Como, Monza, Venezia, Cremona, Turin, Verona, Vinezna, Padova, Costa-Monferaro, Luca, Pisa, Floranz, Pescia, Brescia, Grosseto, Livorno, Bologna, Avena, Sorentina, Génua, Lodi, Bergamo, Mantua, Biella, Vercelli und anderen mehr bestehen mit den Unternehmern Tarifverträge.

Tösch-London ist mit der Resolution einverstanden, desgleichen Stickel-Bern, der jedoch die zunächst liegenden Punkte näher bezeichnet wünscht.

Vormittagssitzung am 25. August.

Allmann eröffnet die Sitzung und gibt die eingelaufenen Glückwunschtelegramme bekannt. Telegraphisch wünschen dem Kongress die Bruderorganisationen: Böhmen, Ungarn, Norwegen, sowie die Mitgliedschaften: Crimmitschau und Cöln und die Bäcker des Wuppertales den besten Erfolg.

An der Debatte über die Punkte 1 und 2 beteiligen sich noch die Kollegen Sjöstedt-Stockholm, Gassner-München, Jirasek-Prag, Lankes-Frankfurt a.M. und Silberer-Wien. Sämtliche Redner sind mit der folgenden Resolution, welche einstimmig angenommen wurde, einverstanden:

„Das Bäckergewerbe gehört in allen Ländern mit Ausnahme einzelner Betriebe zu den rückständigsten Gewerben. Der technische Fortschritt vermag sich nur langsam Bahn zu brechen, und die Einrichtung der Betriebe steht selbst mit den minimalsten sanitären Anforderungen im schroffsten Widerspruch. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen entsprechen der Rückständigkeit des Gewerbes in jeder Beziehung.

Wahrhaft kulturwidrig ist die rücksichtslose Ausnutzung der Arbeiterkraft in unbeschränkter Arbeitszeit, die sich in tausenden Fällen bis zu 16 und 18 Stunden täglich erstreckt. Besonders verschärft wird die Last unbeschränkter Ausbeutung durch die Nacharbeit, die den Anreiz zur Verlängerung der Arbeitszeit bildet und zusammen mit der unhygienischen Beschaffenheit der Arbeitsräume die Gesundheit der Arbeiter schwer schädigt, ihre Lebensdauer verkürzt, die Moral und geistige Ansbildung beeinträchtigt und das Familienleben schädigt oder ganz unmöglich macht.

Die Nacharbeit ist um so verwerflicher, als sie keinem unentbehrlichen Bedürfnis der Bevölkerung entspricht, sondern dem Konkurrenzkampf der Arbeitgeber entspringen ist. Dazu kommt noch die ungeheuerliche Tatsache, dass, mit Ausnahme von nur einzelnen Staaten, die Arbeitswoche sich auf sieben Tage oder Nächte erstreckt.

Mit Rücksicht auf diese traurigen Tatsachen beschliesst der Kongress und macht es allen Landesorganisationen zur Pflicht:

Durch energische Agitation unter den Berufsangehörigen, als den unmittelbar Beteiligten, sowie der Bevölkerung als Konsumenten und mit Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft von der Gesetzgebung der einzelnen Staaten zu fordern:

1. Vollständige Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber und Festlegung ausreichender Minimallöhne.
2. Festsetzung der Arbeitswoche mit sechs Tagen für die einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen, wobei es den Landesorganisationen überlassen bleibt, entweder die volle Sonntagsruhe oder den Ersatzruhetag zu fordern. Verzicht einzelner Arbeiter auf den Ruhetag ist unzulässig und wird dem Streikbruch gleich erachtet.
3. Beschränkung der Arbeitszeit auf höchstens zehn Stunden täglich inklusive einer Pause von mindestens einer Stunde. In allen Betrieben mit mehreren Schichten auf acht Stunden täglich inklusive einer Pause von einer halben Stunde; in solchen Betrieben wöchentlicher Wechsel der Schichten.
4. Ausnahmslose Abschaffung der Nacharbeit für Frauen und jugendliche Arbeitskräfte unter 18 Jahren; für die erwachsenen Arbeiter Verbot der regelmässigen Nacharbeit. Nacharbeit ist entsprechend höher zu bezahlen als Tagesarbeit.
5. Wegfall aller Klauseln, durch welche das Bäckergewerbe vom allgemeinen Arbeiterschutz ausgenommen wird.
6. Erlass strenger Vorschriften über die technischen und sanitären Einrichtungen der Betriebe zum Schutze der Arbeiter und des konsumierenden Publikums.
7. Unterstellung der Bäckereien und Konditoreien unter die Fabrik- und Gewerbeinspektion. Behufs wirksamer Kontrolle Hinzuziehung von Vertrauensmännern, die aus der Mitte der Organisationen gewählt werden.

Der internationale Kongress macht es den einzelnen Landesorganisationen zur Pflicht, durch energische Agitation die Arbeiter und Arbeiterinnen von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu überzeugen und sie zum Klassenkampfe zu erziehen. Der wirtschaftliche Kampf muss darauf gerichtet sein, unbeschadet der gesetzlichen Regelung unserer Forderungen, vor allem die Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber durchzuführen. Dafür ist ein ausreichender Minimalwochenlohn festzusetzen. Die Verkürzung der Arbeitszeit sowie die Erämpfung eines wöchentlichen Ruhetages sind unsere zunächstliegenden wichtigsten Forderungen.

Bei dem Punkt Gegenseitigkeitsverträge fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

„Der internationale Kongress betont im Hinblick auf die verschiedenartigen Unterstützungseinrichtungen der Verbände die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung dieser Zweige. Er ersucht die Vertreter der einzelnen Landesorganisationen, dahin zu wirken, dass da, wo Unterstützungseinrichtungen noch gänzlich fehlen, solche geschaffen werden, vor allen Dingen aber Reise-

unterstützung eingeführt wird. — Der Kongress beschliesst, dass die bestehenden Gegenseitigkeitsverträge auf Grundlage der Gleichberechtigung aller Mitglieder sobald wie möglich auf alle dem internationalen Sekretariate angeschlossenen Verbände ausgedehnt werden und als Minimum der Gegenseitigkeit den unentgeltlichen Uebertritt von einem Verbände zum andern, unter Anrechnung der früheren Mitgliedschaft, und Gewährung von mindestens Reiseunterstützung und Rechtsschutz enthalten.“

Ueber Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen einigten sich die Delegierten, nach vorausgegangenem Referat des Kollegen Allmann, auf nachstehende Grundsätze:

„Zur erfolgreichen Durchführung der wirtschaftlichen Kämpfe empfiehlt der Kongress allen dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbänden, ihre Beitragsleistung der Mitglieder so zu gestalten, dass sie jederzeit in der Lage sind, ihre Lohnkämpfe aus eigenen Mitteln führen zu können.

Nur bei aussergewöhnlichen, das Mass der Leistungsfähigkeit übersteigenden Streiks und Aussperrungen von mindestens drei Wochen Dauer, die eventuell zur Zerstörung oder Lahmlegung der betreffenden Organisationen führen würden, kann das internationale Sekretariat um die Hälfte sämtlicher Verbände angegangen werden.

Im Falle von ausgedehnten Aussperrungen kann die Hilfe schon in einem früheren Stadium beansprucht werden. Bei Streiks und Lohnbewegungen ist dem Sekretariat stets sofort Mitteilung zu machen, damit Benachrichtigung der übrigen Verbände zur Fernhaltung des Zuzuges von Streikbrechern erfolgen kann.

Die Verbände haben die Pflicht, dem Sekretariat jährlich mindestens einmal einen genauen Situationsbericht einzusenden sowie alle Anfragen prompt zu beantworten.“

Auf Vorschlag von dem Vertreter Schwedens wird bezüglich der Unfallversicherung beschlossen: „Der internationale Kongress fordert die Landesorganisationen auf, mit allen Mitteln dahin zu wirken, dass alle Betriebe unseres Berufes den staatlichen Unfallversicherungsgesetzen unterstellt werden. Wo dies nicht gelingen sollte oder wo keine staatlichen Unfallversicherungen existieren, ist beim Abschluss von Tarifverträgen mit den Arbeitgebern auf die Schaffung der freien Unfallversicherung hinzuwirken, um allen Arbeitern und Arbeiterinnen die Vorteile dieser Versicherung zu teil werden zu lassen.“

Beschlossen wird ferner bei Punkt 5: die Errichtung eines Internationalen Sekretariats für Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen mit dem Sitz in Hamburg. Anschluss an dasselbe können nur solche Organisationen finden, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Zum Sekretär wird einstimmig Allmann-Hamburg gewählt. Der Beitrag pro Mitglied und Jahr wird auf 2 1/2 festgesetzt. Aufgabe des Sekretariats ist, alljährlich einen Bericht über die Entwicklung der einzelnen Landesorganisationen herauszugeben, schwache Organisationen mit Rat und Tat zu unterstützen und zu diesem Zweck Informationsreisen zu unternehmen. Der gegenseitige Austausch der Fachblätter wird allen Organisationen zur Pflicht gemacht. Ein ausführliches Protokoll mit den Situationsberichten der einzelnen Organisationen in Brochürenform herauszugeben, wird ebenfalls gutgeheissen.

Der nächste Kongress findet 1910 in Kopenhagen statt.

Der Kongress beschloss einstimmig nachstehende von Silberer-Wien eingereichte Resolution:

„Der Kongress entbietet den italienischen Kollegen zu ihrem grossen und gerechten Kampfe für vollständige Abschaffung der Nacharbeit seine brüderlichen Wünsche für vollen und dauernden Erfolg.“

Der Kongress ist am Schlusse seiner Tagung angelangt. Kollege Allmann gibt einen Rückblick auf die gefassten Beschlüsse und erwartet bestimmt, dass von den Vertretern der ausländischen Bruderorganisationen alles darangesetzt wird, um die Beschlüsse in ihrem Heimatlande zu verwirklichen. Je mehr das Unternehmertum sich im Schimpfen gegen uns wendet, um so besser wissen wir, dass wir auf dem richtigen Wege sind. Rüsten wir uns zu den kommenden Kämpfen und setzen wir alles daran, die Organisationen zu machtvollen Bollwerken gegen Entrechtung und Knechtung auszubauen. Dann müssen alle scharfmacherischen Bestrebungen der Ausbeuter an dem neugegründeten Bunde der Bäcker- und Konditorengehülfen aller Länder abprallen.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde der Kongress geschlossen.

**Arbeiterstreiks in Petersburg im Jahre 1905.** Die Petersburger Fabrikinspektion hat auf Grund der Angaben der ihr unterstellten industriellen Etablissements genaue Daten über Arbeiterstreiks im Jahre 1905 gesammelt. Im ganzen sind im Gouvernement Petersburg 452 Betriebe mit 125702 Arbeitern der Fabrikinspektion unterstellt. Alle diese Betriebe nahmen 1905 nicht weniger als je einmal an Ausständen teil. Während des Rechnungsjahres (1905) verloren die Petersburger Arbeiter durch Streiks 4151809 Arbeitstage. Während des Dezenniums 1895 bis 1904 verlor die gesamte russische Industrie 2079408 Arbeitstage. Das Petersburger Gouvernement allein verlor im Jahre 1905 fast doppelt so viel Arbeitstage wie das ganze Reich im Verlauf von zehn Jahren.

**Verfolgungen der Gewerkschaften in Russland.** Wie zu erwarten war, hat die „wohlwollende“ Aufmerksamkeit, die die offiziöse „Rossija“ in letzter Zeit gegenüber den Gewerkschaften an den Tag gelegt, zu verstärkten Verfolgungen der Arbeiterorganisationen geführt. In Moskau ist in den letzten Tagen eine ganze Reihe Gewerkschaften auf administrativem

Wage geschlossen worden: der Textilarbeiter, Färberei- und Appreturarbeiter, Weberei- und Strickerarbeiterverband usw.

Zusammen mit den früher aufgehobenen sind in Moskau während der letzten Monate im ganzen 25 Gewerkschaften mit zirka 80 000 Mitgliedern auf administrativem Wege geschlossen worden.

Der Feldzug gegen die Gewerkschaften beschränkt sich jedoch nicht auf Moskau allein. Die Arbeiterorganisationen werden allorts mit größter Strenge verfolgt. So wird aus Minsk berichtet, dass zwei der größten Gewerkschaften, der Bauarbeiter- und Metallarbeiterverband, geschlossen worden sind.

Während der historischen Oktobertage 1905 eroberten die Arbeiter Russlands einermassen die Möglichkeit, ihre gewerkschaftlichen Organisationen auszubauen. Sie nutzten darauf diese Möglichkeit in so ausgebreiteter Weise aus, dass die Gewerkschaften sich zur Hauptbasis der russischen Arbeiterbewegung, zur wichtigsten Form der Massenorganisation der Arbeiterschaft gestalteten.

Verbandsnachrichten.

Schankmachung des Verbandsvorstandes.

Der Mitgliedschaft Vorimund in die Genehmigung zur Erhebung eines Ertragssteuer von 10 % pro Woche und Mitglied vom 1. September d. J. an erteilt. Desgleichen der Mitgliedschaft Danzig vom 1. Oktober d. J. an.

Im Antrag der Mitgliedschaft Chemnitz in das Mitglied Böhm, Nr. 6224, wegen Ausschluss aus dem Verbandsregister.

Der Verbandsvorstand. D. Altmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 19. bis 25. August gingen bei der Kassaführerin folgende Beträge ein:

Für Monat Juli: Erlöse M. 25.40, Conto 51, Grundsatz 25.40, Beitrag 27.80, Spesen 25.90, Gebüh- rten 3.40, Zinsen 4.40, Bilanz 56.60, Firmatag 51.90, Beiträge 12.40, Sammelbeiträge 54, Rücklag 10.50, Rücklage 22.70.

Für Monat Juni und Juli: Rücklage M. 53.50, Rücklage 64.50.

Im Einzelgeldern der Kassaführer: G. H. in Höhe M. 7, 2 H. in Höhe M. 5, 2 H. in Höhe M. 3, 2 H. in Höhe M. 30, 3 H. in Höhe M. 5.

Für Ausgaben: 2 Kisten Bier zu 200 Liter M. 270. Der Kassaführer: J. H. M. Langhann.

Stimmliches.

Justiz: Zur Frage des Fremdwahlrechts. Seite 1, 1. Spaltenzahl 104.

Im Jahr und Monat der Zeit der Gewähr. Jeder, der die Gewähr hat, ist die Verantwortlichkeit der Ausführung des Fremdwahlrechts. Jedem, welcher sich an die Ausführung dieses Rechts nicht angeschlossen hat, ist die Gewährung des Fremdwahlrechts in der vorliegenden Weise nicht zu gewähren.

Die Frage der Gewähr, ein fremdwähliger Mensch der Jahreswahl, auch in dem letzten legentlichen Wahlverstehe der Nationalen Reichstages. In diesem Sinne, nur der Zeit 34. Artikel. Der Reichstageswahlrecht ist der Gewähr, jeder der Jahre gewährt. Jeder, der die Gewähr hat, ist die Verantwortlichkeit der Ausführung dieses Rechts nicht zu gewähren. Jeder, der die Gewähr hat, ist die Verantwortlichkeit der Ausführung dieses Rechts nicht zu gewähren.

Anzeigen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (G. N. 42).

Vertikale Verwaltungsstelle Altona. Sonntag, den 8. September, Nachm. 3 Uhr: Grossjährige Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn E. Fols, Gr. Bergstr. 136.

Witgliederschaft Hamburg-Altona (Sektion Grobbäcker.) Sonnabend, den 7. September 1907, Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Stange, Zeughandmarkt.

Witgliederschaft Lübeck. Sonntag, den 8. September, Nachm. 3 Uhr: Mitgliederversammlung im Vereinshause.

Witgliederschaft Nürnberg. Mittwoch, den 4. September, Abends 8 Uhr: Allgemeine Versammlung in der „Sängersalle“, Hummelsteinweg.

Witgliederschaft Harburg. Sonntag, den 1. September 1907: Zwölfjähriges Stiftungsfest im Lokale des Herrn Wüstefeld („Schröckers“).

Ein fein möbliertes Zimmer zu vermieten. 150 41 Hamburg, Hammerdeich 3, 3. Et. 1.

Allen Münchener Bäckergehülfen Freisiloge — für eleganten Schnitt und Eich weitgehendste Garantie — Georg Frem, Walterstr. 21, 1. Et., Rgdh.

Glomkes Städtebuch. 36 Bände, geb. M. 1.20. In allen Buchhandlungen zu haben.

Zur Beachtung! Heute ist der 36. Wochenbeitrag (1. bis 7. September) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 1. September: Brandenburg: Nachm. 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wollenweberstr. 8. Braunschweig: Nachm. 8 1/2 Uhr im Siegers Bierpalast, Stobenstraße. Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr bei Mich. Gwald, Breitestr. 16.

Montag, 2. September: Coburg: (Öffentliche) Nachm. 8 Uhr im Restaurant „Zur Neuen Welt“. (Referent Rahl.)

Dienstag, 3. September: Bielefeld: Nachm. 6 Uhr bei Wome, Webereistr. 6. Frankenthal (Pfalz): (Öffentliche), Nachm. 8 1/2 Uhr im Gasthaus „Zur Ansicht“, Carolinenstr. 7.

Donnerstag, 5. September: Berlin: (Alle in Konditoreien, Bäckereien, Cafés, Hotels ujm. beschäftigten Konditoren sowie Tagesbäcker) Abends 8 Uhr im Restaurant Wohlfaht, Noltenialerstr. 57.

Freitag, 6. September: Frankfurt a. M.: (Sektion der Bäckerei- hülfsarbeiter und Hausburschen) Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Sonabend, 7. September: Magdeburg: (Sektion der Konditoren) Abends 8 Uhr im „Sachsenhof“.

Sonntag, 8. September: Altenburg: Im „Schwarzen Adler“. Varmen: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Achtung, Verbandsmitglieder des obererschlesischen Industriebezirks! Unser Verkehrslokal ist nun im „Goldenen Stern“, Alte Dorfstraße 10 in Kattowitz.

Für die Redaktion verantwortlich: Joh. Hertzen, Hamburg, Belfer- benderhof 57. — Verlag von D. Altmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.